

**Persönlich.  
Erfahren.  
Versichert.**

**Karlheinz Schmid**  
Versicherungsmakler GmbH

Bahnhofstr. 17-23 · 75417 Mühlacker  
www.schmid-versichert.de

# MÜHLACKER TAGBLATT

heute

**ausführlicher  
Sportteil**

**Montag  
17. März 2025**

77. Jahrgang  
Nr. 63, E 4984 A

2,50 €

## Mühlacker

Braucht Großlattbach einen Fürsprecher/eine Fürsprecherin? Im Ratssaal soll das Modell des Ortsreferenten vorgestellt werden

▶ Seite 7

## Mühlacker



Foto: Stahlfeld

Was tun mit dem Mühlehof-Loch? Der Gemeinderat berät in einer Sondersitzung – Resultat: Es soll nicht länger bleiben, wie es ist

▶ Seite 7

## Ötisheim

Spannende Einblicke: Das Transformationsnetzwerk bietet eine Veranstaltung bei der Firma Varioplast an

▶ Seite 9

## Lokalsport

Was lange währt: Nach einer fast zweijährigen Vorgeschichte kann der SV Sternfels endlich seine neue Flutlichtanlage einweihen

▶ Seite 10

## Lokalsport



Foto: Fotomoment

Nächster Dämpfer für die SpVgg: Bei der SG Ölbronn-Dürrn (rot) zieht Zaisersweiher in einem umkämpften Derby den Kürzeren

▶ Seite 10

## Leser-Service

Abo/Zustellung: 07041 805-38

Anzeigen: 07041 805-20

Redaktion: 07041 805-27

www.muehlacker-tagblatt.de

## Wetter



Mittags 7° | Nachts -1°

Stark bewölkt und trocken, nachts klar mit Frost



## Musikalische „Safari“ feiert Dreifachtriumph

Der moderne Chor „Ton-Art“ der MG-V-Chöre Mühlacker füllt dreimal an drei Tagen den Umlandbau-Saal und begeistert das Publikum mit einem kunterbunten Spektakel.

Seite 9

Foto: Bastian

## Frau in Gera angezündet – Täter flieht

Unbekannter übergießt 46-Jährige mit einer brennbaren Flüssigkeit – Schwerverletzte kommt in Klinik.

**GERA.** Brandanschlag in der Straßenbahn: In Gera hat ein Unbekannter eine Frau mit einer brennbaren Flüssigkeit übergossen und angezündet. Die 46-Jährige wurde mit lebensbedrohlichen Verletzungen in eine Klinik geflogen, wie eine Polizeisprecherin mitteilte. Die Hintergründe der Tat sind noch nicht aufgeklärt, verdächtigt wird aber der Ehemann der Frau. Dem mutmaßlichen Täter gelang die Flucht. Die Polizei war nach der Tat am Sonntagvormittag mit einem Großaufgebot im Einsatz.

Die Polizei ermittelt wegen eines gesuchten Tötungsdelikts, wie die Sprecherin sagte. Der Tatverdächtige sei „noch nicht eindeutig namentlich identifiziert“. Nach dem Täter wird gefahndet. Weitere Menschen wurden bei der Tat nicht verletzt. *dpa*

## Kommunen reicht das Geld aus dem Finanzpaket nicht

Das schuldenfinanzierte Investitionspaket für Deutschland ist enorm. Aber nicht alle sind zufrieden. Um die Zusagen zum Klimaschutz will sich CDU-Chef Friedrich Merz auch als Kanzler kümmern.

**STUTTGART/BERLIN.** Den Gemeinden im Land sind die vielen Milliarden aus dem Finanzpaket im Bund nicht genug. Der für die Kommunen vorgesehene Anteil sei mit Blick auf das von den Städten, Gemeinden und Landkreisen verantwortete Maß der Investition viel zu gering, sagte Gemeindetagspräsident Steffen Jäger. „Die Kommunen verantworten den Löwenanteil der öffentlichen Infrastruktur, zugleich ist für Länder und Kommunen gemeinsam nur ein Anteil von 20 Prozent vorgesehen.“

Auch Finanzminister Danyal Bayaz (Grüne) übte Kritik: „Wir hätten einen höheren Anteil der Länder und Kommunen am 500 Milliarden Sondervermögen für Investitionen für notwendig gehalten.“ Deshalb werde man weiter bei der Bundesregierung darauf drängen, Länder und Kommunen ausreichend zu unterstützen, da hier der Großteil der staatlichen Investitionen stattfindet.

Union, SPD und Grüne hatten sich in langen Verhandlungen auf ein Milliardenpaket für Verteidigung und für Investitionen in Infrastruktur verständigt. Für die dazu erforderliche Änderung des Grundgesetzes sind

**„Wir hätten einen höheren Anteil der Länder und Kommunen am 500 Milliarden Sondervermögen für Investitionen für notwendig gehalten.“**

**Danyal Bayaz,**  
Finanzminister  
des Landes



Foto: dpa/  
Bernd Weißbrod

die möglichen künftigen Koalitionspartner CDU/CSU und SPD auf Unterstützung der Grünen angewiesen. Diese setzten durch, dass 100 der 500 Milliarden Euro für Infrastrukturinvestitionen in Klimaschutz fließen sollen. Auch die umstrittene Formulierung „Klimaneutralität bis 2045“ wird mit dem Sondertopf ins Grundgesetz geschrieben. 100 Milliarden gehen an Länder und Kommunen. Der Bundestag entscheidet am Dienstag, die Länderkammer kommt am Freitag zusammen.

CDU-Chef Friedrich Merz will als Kanzler den Klimaschutz ernst nehmen. Der „Bild am Sonntag“ sagte Merz: „Noch bin ich ja kein Bundeskanzler. Aber ich kann Ihnen garantieren: Ein Grüner werde ich sicher nicht. Aber ein Kanzler, der sich der umweltpolitischen Verantwortung stellt.“

Merz wies Vorwürfe zurück, mit dem Ja zur Reform der Schuldenbremse Wahlbetrug begangen zu haben. „Ich nehme den Vorwurf ernst, aber ich halte ihn für nicht gerechtfertigt“, sagte er. „In unserem Leben ist nichts für die Ewigkeit“, fügte Merz hinzu. *dpa/red*

**Kommentar**

## Kommentar

### Klimakanzler Merz?

Als Regierungschef will er sich seiner „umweltpolitischen Verantwortung“ stellen. Das muss der CDU-Chef auch.

VON REBEKKA WIESE

Er ist nie als Klimakanzler angetreten. Und doch sieht es nun so aus, als würde CDU-Chef Friedrich Merz bald der Bundeskanzler werden, der durch das Sondervermögen über so viel Budget für den Klimaschutz verfügen kann wie keiner je zuvor. Es ist eine historische Chance, bei der nicht klar ist, ob und wie Merz sie nutzen wird. In der „Bild am Sonntag“ hat er nun beteuert, sich seiner „umweltpolitischen Verantwortung“ als Kanzler stellen zu wollen. Doch unabhängig davon, was Merz will oder nicht: Als Regierungschef wird er ohnehin verpflichtet sein, sich um Klimaschutz zu bemühen.

Da ist zum einen das Abkommen von Paris. Die Bundesregierung hat damit zugesagt, dazu beizutragen, dass die Temperatur weltweit im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter um möglichst nicht mehr als 1,5 Grad Celsius ansteigt, in jedem Fall um weniger als 2 Grad. Noch entscheidender ist aber das Grundgesetz. Aus dem lässt sich ableiten, dass der Staat zum Klimaschutz verpflichtet ist. Das hat das Verfassungsgericht vor vier Jahren ausdrücklich bestätigt.

Doch schon oft hat die Bundesregierung sich zum Ziel der Klimaneutralität bekannt, ohne entsprechende Maßnahmen umzusetzen. Damit Merz seine „umweltpolitische Verantwortung“ ernst nimmt, sollte man ihn deshalb in der kommenden Legislatur regelmäßig an seine historische Chance erinnern. Es wäre ein fataler Fehler, wenn der 69-Jährige sie verstreichen lassen würde.

## Trump lässt Huthis angreifen – Dutzende Tote

Es sei eine „entscheidende und starke Militärfeldaktion“ eingeleitet worden, erklärt der US-Präsident.

**SANAA/WASHINGTON.** Erstmals seit dem Amtsantritt von Präsident Donald Trump haben die USA Angriffe auf die Huthi-Miliz im Jemen geflogen. Es sei eine „entscheidende und starke Militärfeldaktion“ eingeleitet worden, um die Angriffe der vom Iran unterstützten Miliz auf Schiffe im Roten Meer zu beenden, verkündete Trump in der Nacht zum Sonntag. Nach Angaben der Huthis wurden dabei mehr als 30 Menschen getötet. Der Iran kritisierte die Angriffe scharf.

Die Huthi-Miliz wird ebenso wie die islamistische Hamas im Gazastreifen und die Hisbollah im Libanon von Teheran unterstützt. Die Miliz hatte seit Beginn des Gaza-Kriegs im Oktober 2023 immer wieder Schiffe im Roten Meer und im Golf von Aden sowie Ziele in Israel mit Drohnen und Raketen angegriffen. *AFP/dpa*

## Mütterrente ausweiten? Rentenexpertin sagt Nein

Gleichbehandlung aller Mütter bei der Rente – das will die Union erreichen. Doch dies würde den einzelnen Frauen nur wenig bringen.

**BERLIN.** Die Präsidentin der Deutschen Rentenversicherung Bund, Gundula Roßbach, kritisiert die Pläne von Schwarz-Rot, die Mütterrente auszuweiten, als „sehr teure Umverteilung“. Dem „Tagesspiegel“ sagte sie am Wochenende, sie staune über die Pläne: „Die Ausweitung der Mütterrente kostet fünf Milliarden Euro pro Jahr, aber zur Finanzierung steht nichts im Sondierungspapier.“

Roßbach hinterfragte außerdem das Verhältnis von Kosten und Nutzen: „Es geht hier um riesige Gesamtsummen, weil es so viele Betroffene gibt. Beim Einzelnen kommen rund 20 Euro pro Monat an, das ist für manche viel, für andere nicht. Aber ob die Politik dafür so viel Geld ausgeben will, das an anderer Stelle bitter fehlt, will gut überlegt sein.“

Wenn der Bund jetzt eine solche neue Leistung einführe, der keine Beiträge gegenüberstünden, müsse diese „der Fairness halber unbedingt vollständig aus Steuermitteln finanziert werden“. Andernfalls müsse der Beitragssatz in der Rentenversicherung um 0,25 Prozentpunkte ansteigen: „Dann würden wir schon im Jahr 2027 bei einem Satz von mehr als 19 Prozent landen.“ Die Rentenkasse sei zudem der falsche Ort, die Ungerechtigkeiten aus der Vergangenheit und unvollständige Erwerbsverläufe nachträglich heilen zu wollen. „Bis in die Zehnerjahre hinein gab es einen politischen Konsens, dass Rentenreformen sich in die Zukunft zu richten haben. Da sollten wir wieder hin.“

Die Union will erreichen, dass Müttern auch für vor 1992 geborene Kinder drei Erziehungsjahre bei der Rente angerechnet werden. Derzeit werden für Kinder, die 1992 oder später geboren sind, bis zu drei Jahre Erziehungszeit angerechnet. Die Gleichbehandlung aller Mütter würde nach Berechnungen der Rentenversicherung bis zu 5 Milliarden Euro im Jahr kosten. *KNA/AFP*

## Verheerender Diskobrand

**KOCANI.** Bei einem Brand in einer Diskothek in Nordmazedonien sind in der Nacht auf Sonntag Dutzende Menschen gestorben und zahlreiche weitere verletzt worden. „Nach den uns vorliegenden Angaben sind 59 Menschen ums Leben gekommen und mehr als 150 verletzt worden“, erklärte der Innenminister Pance Toskovski. Mehrere Personen seien im Zusammenhang mit dem Unglück festgenommen worden.

Der Vorfall ereignete sich in einer Diskothek in der Kleinstadt Kocani rund hundert Kilometer östlich der Hauptstadt Skopje. Laut Toskovski wurde das Feuer wahrscheinlich durch den Einsatz von Pyrotechnik verursacht, die „für Lichteffekte beim Konzert verwendet wurden“. *AFP/dpa*

